

„In zwei Jahren über den Berg“

Überschüsse in der Handelsbilanz, Auslandsinvestitionen, Tausende von Joint-ventures – Ungarn scheint auf dem Weg zur Marktwirtschaft schneller als seine Nach-

barn voranzukommen. Doch die Wende zum Kapitalismus hat auch viele ins Elend gestürzt: Ein Drittel der 10,5 Millionen Ungarn lebt unter dem Existenzminimum.

Auf der großen Auslagenscheibe eines brandneuen Salons am Budapester Deák-Platz drücken sich vor allem Halbwüchsige die Nasen platt. Drinnen glänzt ein Porsche Carrera 4 für 9 720 000 Forint, etwa 70 Jahresgehälter eines ungarischen Durchschnittsverdieners.

Mitte April hatte Porsche Hungaria sein neues Etablissement im Herzen der Hauptstadt eröffnet, und der Chef der ungarischen Zweigstelle gedenkt, mindestens ein Dutzend der teuren Karossen pro Jahr an seine Landsleute zu verkaufen, vier sind schon weg.

Daß in dem Jugendstilbau vormals das DDR-Kulturinstitut logierte, hat fast Symbolcharakter für die Wende in jenem Land, das die friedliche Revolution in Europa einläutete.

Es leidet unter den Folgen des Umbruchs genauso wie all die Nachbarn zwischen Marx und Markt. Nur wenige Kilometer vom Glitzerzentrum entfernt liegt der Obdachlose Gyula Makovecz,

41, in seinem Bett auf einem Gehsteig vor dem Budapester Südbahnhof.

Seit Februar kumpelt der Behinderte – Opfer eines Verkehrsunfalls bei den Olympischen Spielen 1972 in München – dort im Freien. Mit seinen 5050 Forint Invalidenrente kann er keine Wohnung bezahlen, und da es einer schnell wachsenden Menge seiner Landsleute ebenso geht, hat Makovecz einen Obdachlosenverband gegründet.

Die Notgemeinschaft, der in der Hauptstadt schon fast 11 000 Menschen angehören, trotz den Behörden geräumte Kasernen, ehemalige Wachbaracken und leerstehende Bruchbuden für ihre Mitglieder ab.

Denn ein soziales Netz für das Heer der Armen – laut der Hilfsorganisation Szeta schon drei Millionen Ungarn, beinahe ein Drittel des Volkes – fehlt bisher. „Das Parlament ist eine Dampfwalze gegen die Armen“, sagt Szeta-Gründerin Ottilia Solt, Abgeordnete der oppositionellen Freien Demokraten, „Geld für die Armen gilt als rausge-

schmissen, Volksmeinung ist ohnehin, die Penner gehören in den Knast.“

Daß neben verachteten Minderheiten wie Zigeunern und Rumänien-Flüchtlingen längst ein Großteil der Rentner und Arbeitslosen, aber auch ein bei einer Inflationsrate von über 30 Prozent schnell abstürzender Mittelstand vor allem von kinderreichen Städtern zu jenen zählt, die unter das Existenzminimum rutschen, wird weithin verdrängt. „Bisher haben die neuen Verhältnisse nur wenige reich, aber sehr viele arm gemacht“, klagt Imre Pozsgay, einst KP-Chefreformer, der Ende April ein neues linkes „Zentrum“ gründete, das sich der Benachteiligten annehmen will.

Neuer Reichtum wird in Ungarn gern gezeigt – pompöse Villen im Stil eines postsozialistischen Realismus mit viel Kupfer und Holz auf dem Budapester Rosenhügel, exklusive Boutiquen in der Flaniermeile der Váci utca, für die Mieten wie in der Zürcher Bahnhofstraße bezahlt werden, oder auch immer mehr „Nonstop“-Geschäfte, die mangels Ladenschlußgesetz 24 Stunden täglich offenhalten.

Die Armut vegetiert dagegen in Hinterhöfen und Nebenstraßen, wo Schwestern vom Orden der Mutter Teresa Gratissuppen ausgeben, Rentner in Müll-eimern nach Essensresten stochern, eine wildwuchernde Kleinkriminalität ganze Viertel unsicher macht.

Noch immer sinken in Ungarn die Realeinkommen. Der Durchschnittslohn von 12 550 Forint entspricht nur noch 290 Mark. Die Zahl der Arbeitslosen, jetzt erst bei gut 100 000 oder zwei Prozent der Erwerbstätigen, wird bis zum Jahresende auf mindestens 300 000 steigen, die dann im Schnitt knapp 6000 Forint Unterstützung im Monat kriegen werden.

Ungarns größten Betrieben – Stahl- und Aluminiumwerken, Elektronikfabriken, aber auch dem Ika-



Autosalon in Budapest: 70 Jahresgehälter für einen Porsche

rus-Werk, das den ganzen Ostblock und die halbe Dritte Welt mit qualmenden Bussen belieferte – droht demnächst das Aus, ihre Belegschaften sind größtenteils auf Kurzarbeit Null gesetzt. Und Budapests „Treuhandanstalt“ tut sich mindestens ebenso schwer wie ihre deutsche Schwester, solche Fossile des realen Sozialismus zu privatisieren.

Zumal auch in Ungarn oftmals die Eigentumsverhältnisse ungeklärt sind. Als etwa die Ganz-Danubius-Werft ihr Werksgelände auf einer Donauinsel im Norden der Hauptstadt an eine dänische Firma verschreiben wollte, erklärte die Regierung den Handel für nichtig. Die Immobilie gehöre dem Staat – nun will der selbst von den Dänen kassieren.

Ein weitflächiger Park am Plattensee mit eigenem Uferzugang samt Habsburger-schloß und modernem Hotel, das Ungarns KP-Führung als Gästehaus für eigene und fremde Prominenz betrieb (auf der Gästeliste unter anderem Willy Brandt, Andrej Gromyko und Margot Honecker), steht jetzt Neckermann-Urlaubern offen, gehört aber auf dem Papier immer noch der Nachfolgepartei der Kommunisten, der Ungarischen Sozialistischen Partei (USP).

„Was die USP auf diese Weise in ganz Ungarn noch besitzt, weiß wohl nicht einmal sie selbst“, meint Wirtschaftsforscher László Lengyel. „Der Systemwechsel ist viel zu schnell über uns gekommen, die Gesetze lassen zu lange auf sich warten, unterdessen hat die Bürokratie sich zum Teil schon selber privatisiert.“

Daß Ungarn trotz allem an der Spitze des wirtschaftlichen Reformprozesses in Osteuropa steht, wie der Londoner *Economist* bestätigt, liegt an „makroökonomischen Daten“, die Budapester Experten stolz präsentieren.

Davon sind in der Tat einige bemerkenswert für ein Land, das pro Kopf die höchsten Auslandsschulden des einstigen Ostblocks zu tragen hat, das aber – anders als Polen – Zinsen und Tilgung stets bis auf den letzten Pfennig bezahlt, weil „das unserer Mentalität entspricht“, wie Außenwirtschaftsminister Béla Kádár sagt.

Ungarn, das im Gegensatz zu Polen seiner Wirtschaft keine Schocktherapie zumutete (Kádár: „Das hätte unser Volk nicht verkräftet“), mußte im ver-



Ikarus-Buswerke: Belegschaften auf Kurzarbeit Null

gangenen Jahr einen Rückgang seines Bruttosozialprodukts um fünf Prozent hinnehmen, wurde aber mit dem Zusammenbruch des Sowjet- und Comecon-Handels besser fertig als seine Nachbarn.

Einbrüche im Ostgeschäft von 28 Prozent im Jahr 1990, gar 60 Prozent in den ersten drei Monaten 1991, konnten die Magyaren mit Steigerungen im Westhandel von 18 Prozent im Vorjahr und fast 40 Prozent in den ersten drei Monaten dieses Jahres fast wettmachen. Die Handelsbilanz der Ungarn schloß 1990 mit einem Plus von über einer Milliarde Dollar ab, womit Budapest ein weißer Rabe im Elend der postsozialistischen Ökonomien ist.

„Es gibt gar keinen Zweifel daran, daß wir weiter sind als andere“, bekräftigt Minister Kádár, der schon der reformkommunistischen Regierung Németh half: „Ungarn erntet jetzt verspätete Früchte der Revolution von 1956.“ KP-Chef János Kádár hatte mit seinem Gulaschkommunismus „weit früher pragmatische Ansätze in der Wirtschaft zugelassen als alle anderen kommunistischen Staaten“.

In zwei, drei Jahren, so der Minister, werde Ungarn „über den Berg sein“. In diesem Jahr und der ersten Hälfte des nächsten Jahres gelte es, „die schwierigste Phase auf dem Weg zur Marktwirtschaft mit einem möglichst geringen sozialen Absturz zu überleben“.

Nicht ganz so schnell erwartet ein fachkundiger Kollege, Finanzminister

Mihály Kupa, den Aufschwung, so wenig Zweifel auch er daran läßt, daß die Wende zum Besseren kommen wird.

Auch Kupa ist ein Experte des früheren Regimes, der dem Land ein neues Steuersystem bescherte, dann die Leitung eines Consulting-Joint-ventures übernahm. Von Kollegen der Wirtschaft mußte er sich „Idiot“ und „Maso-chist“ schimpfen lassen, als er den gut dotierten Posten aufgab, um nach einer Regierungsumbildung im Dezember das Finanzressort in der konservativen Regierung József Antall zu übernehmen.

Kupa trat mit einem Vierjahresplan an, den er kurzerhand zum Regierungsprogramm erklärte – Kernpunkte sind rasche Privatisierung, Inflationsbekämpfung, Konvertibilität des Forint, EG-Assoziierung bereits 1992 – und ohne Rücksicht auf Widerstand auch durchzieht. Das Volk honoriert Kupa seinen Einsatz mit einem für einen Steuer-Minister ungewöhnlich guten Platz in der Beliebtheitsskala der Politiker.

Daß in der Sowjetunion noch „zwei Milliarden Dollar liegen, die uns gehören“, ärgert Kupa. Notfalls will er, wie er Moskau bereits wissen ließ, diese Forderungen – mit Abschlag – an allfällige Interessenten weiterverscherbeln. Denn „im großen schwarzen Loch Sowjetunion“ sieht der Minister „den größten Unsicherheitsfaktor“ in der Rechnung, die er für die Reform der ungarischen Wirtschaft aufgestellt hat

Die Senkung der Fertigungskosten, die Planung von Fabriken und Fabrikationsabläufen sowie der praxisgerechte Einsatz des Personals sind seit Jahren Arbeitsschwerpunkte der Unternehmensberatung Krämer & Partner. Nutzen Sie diese Erfahrungen für Ihr Engagement in den neuen Bundesländern.

Experten für die neuen Bundesländer

Bestens qualifiziert

Die Berater von Krämer & Partner bieten nicht nur die Problemanalyse, sondern setzen die Strategien auch im Unternehmen um. Gerade für ein erfolgreiches Geschäft im Osten ist dieses Zusammenwirken von Theorie und Praxis eine gute Voraussetzung für den Erfolg.

Hoch motiviert

Die Berater von Krämer & Partner sind nicht nur kurz im Unternehmen. Sie bleiben, bis eine Aufgabe umfassend gelöst ist. Diese Ausdauer, der eine hohe Motivation zu Grunde liegt, zählt im Ostgeschäft ganz besonders.

Neu orientiert

Die Berater von Krämer & Partner können zuhören. So finden sie zusammen mit der Geschäftsleitung und den betroffenen Mitarbeitern kooperative Lösungen.

Wollen Sie von diesem zukunftsorientierten Ansatz ebenfalls profitieren? Dann sprechen Sie mit uns.



Analyse
Beratung
Durchführung

UNTERNEHMENSBERATUNG
KRÄMER & PARTNER GmbH

Mornwegstraße 45 a
D-6100 Darmstadt
Tel: 06151/86084
Fax: 06151/894506

und die ansonsten in Ansätzen bereits aufgeht:

Erstmals sanken Ungarns Auslandsschulden 1990 um drei Prozent. Paradoxerweise hilft dabei der steigende Dollarkurs, da Ungarns Verbindlichkeiten überwiegend auf D-Mark, Schweizer Franken oder Yen lauten.

Auch für die Entschädigungsfrage haben sich die Ungarn trotz bitteren Zanks zwischen den Koalitionspartnern in der Regierung – die Kleinlandwirte-Partei verlangt grundsätzlich Rückgabe des Bodens an die Bauern – einiges einfallen lassen. Es wird degressiv entschädigt, was nach dem 1. Juni 1949 enteignet wurde – Schwerindustrie, Banken und andere Großbetriebe waren damals schon verstaatlicht –, bis zu einer Höchstgrenze von fünf Millionen Forint

gel zwischen Kommandowirtschaft und Kapitalismus auch schon grenzübergreifende Groß-Geschäfte getätigt wie der Deal eines Gänsebauern an der sowjetischen Grenze. Der verkaufte ein Tausender-Kontingent sowjetischer Lada-Autos, die bei schwedischen Händlern lagerten, zurück in die Sowjetunion, wo Pkw nach wie vor begehrteste Mangelware sind. Ein Betrieb im Ural zahlte dafür Überpreise in Dollar, und der Ungar, der die Autos nie sah, strich eine fette Valuta-Provision ein.

Solches Geschäftsklima zieht auch ausländische Investoren an. Die Zahl der Joint-ventures ist bereits auf über 5000 gestiegen, wobei nach Aussagen ungarischer Experten deutsche Firmen, die vor den Österreichern an erster Stelle liegen, Ungarn oft den Vorzug



Armenspeisung in Budapest: „Die Penner gehören in den Knast“

(etwa 120 000 Mark). Dafür gibt der Staat Schuldverschreibungen aus, die wiederum als Schecks beim Erwerb von einstigen Staatsbetrieben von der Treuhandanstalt eingereicht werden können.

So wird die – knappe – Kapitaldecke für die Privatisierung gestreckt, „und wir sparen Zinsen, die sonst den Haushalt belasten würden“, freut sich Kupa.

Immerhin haben die Liberalisierungsmaßnahmen dazu geführt, daß aus dem Forint, dessen Schwarzmarktkurs nur noch unwesentlich über der offiziellen Rate liegt, beinahe so etwas wie ein Ost-Dollar geworden ist, eine Verrechnungswährung auf den 58 „Polenmärkten“ des Landes, „der größten Warenbörse Osteuropas“, wie Ökonom Lengyel spöttelt.

Dort werden dann von erfinderischen Marktwirtschafts-Strategen im Dschun-

vor den neuen Bundesländern östlich der Elbe geben, weil es im Billiglohmland der Magyaren „noch einträgliche Profite gibt“, so ein Ministerialer in Budapest. Die Summe direkter Auslandsinvestitionen stieg im letzten Jahr auf über eine Milliarde Dollar.

Einen kräftigen Schub nach vorn erwarten Regierung und Wirtschaft von der eben getroffenen Entscheidung, zusammen mit Wien die Weltausstellung 1995 in Budapest auszurichten. Dazu sind gewaltige Infrastrukturverbesserungen – Auto- und Eisenbahnen, Telekommunikation, Hotels – notwendig, für die Ungarn auf kapitalkräftige ausländische Investoren hofft.

Gegner des Spektakels, wie die Partei der Jungdemokraten Fidesz, argöhnen freilich, daß die Expo zu einer „gewaltigen Ausplünderung des Steuerzahlers“ führen wird, da „die Regie-

rung sich mit ihrem Votum für die Weltausstellung selber erpreßt“.

Budapests Stadtverwaltung fürchtet, daß Ungarn mit der Expo in „eine Falle läuft“. Der für die Weltausstellung zuständige Staatssekretär sieht dagegen „200 000 Arbeitsplätze, die damit gesichert werden können“.

Zu dem Expo-Rummel erwarten die Planer 20 Millionen Besucher, das könnte Weltrekord auf dem Sektor Tourismus werden. Denn schon 1990 besuchten fast 38 Millionen Ausländer das Zehn-Millionen-Land zwischen Plattensee und Pußta – die freilich laut Statistik nur etwa 800 Millionen Dollar im Land ließen. Denn noch waren etwa

die Hälfte der Besucher arme Nachbarn wie Rumänen, Bulgaren, Russen und Jugoslawen.

Allerdings dürften diese Zahlen in die Irre führen. Denn eine graue Wirtschaft, die schon unter dem Kádár-Kommunismus blühte, wächst auch in die Marktwirtschaft hinein und schöpft den größeren Teil jener Devisen ab, die Touristen ins Land bringen – allein auf Sparbüchern in Österreich sollen Ungarn über drei Milliarden Mark horten.

Nach Meinung mancher Experten malt denn auch die Armutsstatistik die Lage der Menschen allzu düster. 70 Prozent der Ungarn hätten einen

Zweitjob, von dem die Statistik nichts wisse, so ihr Argument, und die Kleingärten auf dem Land, die viele Grundbedürfnisse deckten, seien da auch nicht erfaßt. Demoskop Tamás Kolosi, der durchaus Verständnis für die Enttäuschung vieler seiner Landsleute hat, die „viel schnellere Veränderungen zum Besseren erwarteten“, schätzt die Zahl der wirklich Armen auf allenfalls zehn Prozent. Aber auch das wären noch eine Million Ungarn, die von der offiziellen Wirtschaftspolitik ignoriert werden, wie ein Soziologe klagt – und die nichts davon haben, daß jüngst in Budapest der erste Rolls-Royce angemeldet wurde.

„Die Leute erwarteten Wunder“

SPIEGEL-Interview mit dem ungarischen Staatspräsidenten Árpád Göncz

SPIEGEL: Herr Präsident, die Euphorie der Menschen über jene Wende, die im Sommer 1989 in Ungarn begann und zur Befreiung Ostmitteleuropas führte, ist dahin. Von Budapest bis Berlin macht sich Enttäuschung breit. Was ist falsch gelaufen?

GÖNCZ: Die Menschen haben offenbar ein Wunder erwartet, leider gibt es aber keine Wunder. Das Wirtschaftssystem, von dem man lange schon ahnte, daß es unfähig war, die Probleme der Völker zu lösen, hat sich tatsächlich als unfähig jenseits aller Vorstellungskraft erwiesen. Es hat überall versagt, bei uns, in der DDR, in Polen und in der CSFR, am allerschlimmsten bei jenen, die es erfunnen haben, in der Sowjetunion.

SPIEGEL: Was offenbar allzu lange kaschiert werden konnte.

GÖNCZ: Wir, die meisten Politiker jedenfalls, haben durchaus vorhergesagt, daß dies ein ungeheuer schwerer Gang werden würde, dennoch haben die Völker Ostmitteleuropas offenbar geglaubt, der Weg nach Westeuropa würde ein einziger Jubelmarsch werden. Sie erwarteten Demokratie und ein besseres Leben gleichsam über Nacht. Das war nicht möglich, weil die Gesellschaft und Volkswirtschaft bis ins Mark krank waren.

SPIEGEL: Ist die ganze Wende zu schnell über die Völker gekommen?

GÖNCZ: Unter diesem einen Aspekt ging es vielleicht zu schnell. Insgesamt haben die Menschen viel zu lange auf die Freiheit warten müssen. Nun kommen plötzlich all die Probleme, die man 40 Jahre unter den Teppich gekehrt hat, auf einmal hoch. Die Gefahr beginnt da, wo Demokratie oder freie Marktwirtschaft mit Arbeitslosigkeit und Elend gleichgesetzt werden. Dazu kommt die Revolution in der Gesellschaft, die Umstellung auf Eigenverantwortung, die den Bürgern völlig genommen worden war.

SPIEGEL: Viele scheinen orientierungslos. Früher war alles einfacher. Da war Sozialismus verordnet, die meisten arbeiteten und verdienten gleich viel, das heißt gleich wenig . . .

GÖNCZ: Ja, selbst ein Direktor bekam kaum mehr als vielleicht doppelt soviel wie sein Arbeiter. Der Staat garantierte die Arbeitsplätze. Jetzt ist plötzlich alles ganz anders. Der Unternehmer darf sehr viel mehr verdienen – aber er schafft ja auch die Arbeitsplätze. Der Graben zwischen diesen beiden Weltanschauungen ist riesengroß und geht nicht so schnell in die Köpfe . . .

SPIEGEL: . . . die zunächst registrieren, daß dieser Kapitalismus zunächst mal viele arm macht, aber nur wenige reich – eine gar nicht so schöne neue Welt für viele.

GÖNCZ: Das ist sicher ein schwieriges psychologisches Problem. Wer weiß schon, daß kleine Privatunternehmer in diesem Land, also sogenannte Kapitalisten, allein im letzten Jahr 130 000 Arbeitsplätze geschaffen haben. Die Leute müssen lernen, sich in der Konkurrenzgesellschaft zu bewähren, so schwer das für viele auch sein mag.

SPIEGEL: Um so schwerer, da der Kapitalismus, so wie er über die ruinierten sozialistischen Länder kommt, zuerst fast überall sein häßliches Antlitz zeigt: Arbeitslosigkeit, Inflation, Kriminalität, Prostitution.

GÖNCZ: Leider kommt der Markt oft in Form eines brutalen Frühkapitalismus über die Agonie des Sozialismus. Wir müssen uns bemühen, dieses unerfreuliche Stadium mög-



Präsident Göncz: „Da führt kein Weg zurück“

Das Interview führte SPIEGEL-Redakteur Siegfried Kogelfranz.